



**Gut organisiert
in die Zukunft!**

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Hessen

Wiesbaden, den 12. März 2007

Welchen Stellenwert genießt die Hessische Bereitschaftspolizei bei CDU und SPD? Landtagsdrucksachen zur Reform der Bundespolizei stoßen in Beschäftigtenkreisen auf Unverständnis

Bundesinnenminister Schäuble reformiert derzeit die Bundespolizei. Miteinbezogen werden alle Standorte in Deutschland, also auch die hessischen.

Die HBP wird derzeit einer aufgabenkritischen Prüfung unterzogen. Bei den Beschäftigten herrscht erhebliche Unruhe, da sie die versprochene Transparenz der Maßnahmen vermissen.

Die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei hat mit Rundschreiben und Veröffentlichungen bereits Stellung bezogen und deutlich gemacht: Weitere Personalreduzierungen müssen gestoppt werden!

Die Fraktionen von CDU und SPD versuchen nun, den Bundesinnenminister bei seinen Reformplänen zu bremsen. Hessische Standorte sollen von möglichen Schließungen ausgenommen werden. Dazu wurden zwei Anträge in den Hessischen Landtag eingebracht (16/6693 und 16/6958), bei denen nicht nur strukturpolitische Gesichtspunkte Berücksichtigung finden.

Die Beschäftigten der Hessischen Bereitschaftspolizei fragen: Wie stehen die Fraktionen von CDU und SPD zu „ihren Beschäftigten“ bei der Hessischen Bereitschaftspolizei?

Nicht nur die bundespolizeilichen Aufgabenwahrnehmungen sind für die Sicherheitsarchitektur in Hessen wichtig - auch die Bewältigung von Einsätzen aus besonderen Anlässen bedarf einer professionellen Aufgabenbewältigung durch die Bereitschaftspolizei!

Unlängst waren binnen einer Woche - vom Opernball in Frankfurt, dem DFB Pokalspiel Kickers Offenbach gegen Eintracht Frankfurt bis zum informellen Treffen der EU - Verteidigungsminister in Wiesbaden - erhebliche personalintensive Lagen zu bewältigen.

Durch die bereits erfolgte Reduzierung der Einsatzeinheiten von 17 auf 12, mussten verstärkt Alarmkräfte der Polizeipräsidien in nicht unerheblicher Anzahl zur Lagebewältigung herangezogen werden. Dies führte – trotz der 42 Stunden Woche – zu erheblicher Mehrarbeit.

Mit Blick auf anstehende Lagen - beispielsweise dem Flughafenausbau in Frankfurt - fordert die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei die Fraktionen von CDU und SPD dazu auf, sich gegen weitere Personalreduzierungen bei der Bereitschaftspolizei einzusetzen.

Die operative Leistungsfähigkeit der Bereitschaftspolizei kann mit Personalreduzierungen nicht optimiert werden!